

1683/J XXI.GP

Eingelangt am: 14.12.2000

Anfrage

der Abgeordneten Mag. Johann Maier
und GenossInnen
an die Bundesministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur
betreffend „Drogenberatung und Drogenprävention an österreichischen Schulen“

Mit Amtsantritt der neuen Bundesregierung begann in der Drogenpolitik eine Trendwende zurück zu Strategien, die bereits in der Vergangenheit erfolglos waren. So war die Öffentlichkeit mit absurden politischen Forderungen der Freiheitlichen bei den „Schladminger Gesundheitsgesprächen“ und der „Antidrogenklausur der FPÖ Landesorganisationen“ konfrontiert.

Die bisherige erfolgreiche Entwicklung eines ausgewogenen Verhältnisses zwischen Prävention, Therapie und Repression wurde stark eingeschränkt. Innerhalb nur eines halben Jahres wurden die zur Verfügung stehenden Mittel für Suchtprävention, Beratung und Behandlung von Suchtkranken massiv gekürzt, das Modell „Therapie statt Strafe“ reduziert und Maßnahmen eingeleitet, die zu einer verstärkten Kriminalisierung von Drogengefährdeten und Drogenabhängigen führen.

Völlig unverständlich wird eine solches „Sparsens um jeden Preis“, wenn man sich die nationale und auch internationale Entwicklung im Drogenbereich ansieht. Sämtliche österreichischen Bundesländer haben in ihren Drogenkonzepten eine differenzierte Strategie im Umgang mit dem Drogenproblem entwickelt und auch die europäische Drogenstrategie, die am Gipfel von Helsinki von allen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union beschlossen wurde sieht vor, dass die Bereiche Prävention und Therapie in den Mitgliedsstaaten massiv ausgebaut werden sollen. Unter Drogenexperten herrscht breite Übereinstimmung, dass das Drogenproblem nicht dadurch verringert werden kann, in dem Drogengefährdete und Drogenabhängige kriminalisiert und zu Haftstrafen verurteilt werden, sondern psychosozialer und medizinischer Hilfe und Behandlung bedürfen.

Nur die österreichische Bundesregierung beschreitet nun den Weg zurück und bereitet Maßnahmen vor, bzw. setzt sie bereits um, die keine Unterscheidung mehr zwischen

Suchtgefährdeten und Suchtkranken auf der einen Seite und Drogenhändlern, die nur den Profit suchen, auf der anderen Seite vorsehen.

Die Ankündigung einer Novellierung des Suchtmittelgesetzes (RV liegt vor) und - in Zusammenwirken mit dem Bundesminister für Justiz - einer Änderung der sogenannten Grenzmengenverordnung mit der es zu einer Senkung der „Grenzmenge“ (zur „großen Menge“) bei Heroin kommen sollen, hat bei Experten Unverständnis und Ablehnung hervorgerufen.

Weiters ist festzuhalten, dass die Hauptlast der Betreuung von Suchtkranken und der Betrieb von Drogenberatungs - und Suchtpräventionsstellen von den Ländern getragen wird. Dies wurde auch im Zuge der Budgetberatungen von Staatssekretär Dr. Waneck im April 2000 zugestanden: „Im Drogenbereich versuche man die Mittel des Bundes zu reduzieren, da seitens der Länder viel geschehen ist.“ Angesichts der Tatsache, dass die Länder einen hohen Beitrag zur Budgetkonsolidierung des Bundes beitragen, muss dieses Vorhaben neu überdacht werden.

Der in Österreich entwickelte Weg im Umgang mit dem Drogenproblem „Therapie statt Strafe“ war und ist in Europa beispielgebend. Für die anstehenden Reformen innerhalb der EU in dieser Thematik könnte Österreich mit seinen Erfahrungen ein innovative Kraft sein. Die „neue Drogenpolitik“ signalisiert jedoch einen Rückschritt zu Strategien der 60 - iger und 70 - iger Jahre und führt wieder zu einer verstärkten Kriminalisierung von Suchtkranken.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an die Bundesministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur nachstehende

Anfrage:

1. Welche Mittel wurden 1998, 1999 und 2000 von Ihrem Ministerium die Drogenberatung und Drogenprävention an Schulen etc. aufgewendet?
2. Welche Mittel sind in diesen Bereichen für das Jahr 2001 veranschlagt?

3. Gibt es Pläne, diese Mittel für diese Bereiche im Jahr 2001 zu kürzen - wenn ja um wie viel?
4. Welche Mittel wurden 1998, 1999 und 2000 von den einzelnen Bundesländern für die Drogenberatung und Drogenprävention an den Schulen eingesetzt (ersuchen um Aufschlüsselung)?
5. Werden Sie ein bundesweites Monitoringsystem zur Beobachtung der Entwicklung der Drogenproblematik an österreichs Schulen einrichten?
6. Welche Haltung nehmen Sie zum wissenschaftlichen Präventionsprojekt „Check - iT!“ ein, dass in Wien - gerade über Jugendlichen - mit großem Erfolg durchgeführt wurde?
7. Der Staatssekretär für Gesundheit bereitet zur Zeit eine österreichweite Kampagne zur Suchtprävention vor. Sind Sie in diese Kampagne eingebunden?
8. Wurde diese Kampagne mit Ihrem Bundesminister akkordiert? Wenn ja, in welcher Form - wenn nein, warum nicht?
9. Ist Ihnen das Peer - groups Modell als modernes und erprobtes Instrument zur Drogenbekämpfung - insbesondere unter Jugendlichen - bekannt?
10. Wenn ja, halten Sie dieser Form der Drogenberatung und Suchtprävention für ein taugliches Mittel, um beispielsweise in Schulen eingesetzt zu werden?
11. Wenn nein, warum nicht?